

§. 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

(1) Die Gesellschaft führt den Namen "Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur in der Bundesrepublik" mit dem Zusatz "eingetragener Verein" (e.V.).

(2) Sie hat ihren Sitz in Bielefeld und ist dort in das Vereinsregister eingetragen.

(3) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§. 2 Zweck der Gesellschaft

(1) Die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur in der Bundesrepublik e.V. tritt ideell, publizistisch und mit sonstigen Mitteln für die Förderung und Verbesserung der Kommunikationskultur und für die Ziele der Medienpädagogik ein. Sie dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung, besonders durch die Förderung der Informationsvermittlung, Erziehung und Volksbildung sowie durch die Förderung von Wissenschaft und Forschung.

(2) Die Gesellschaft will die Kommunikationskultur in der Bundesrepublik fördern und verantwortlich mitgestalten. Sie sieht sich dazu besonders durch neue Informations- und Kommunikationstechniken herausgefordert.

Sie will eine gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben und eine humane Entfaltung von Kommunikation, Bildung und Kultur im Sinne der Chancengleichheit und des Gemeinwohls.

Die Gesellschaft wird sich mit besonderem Nachdruck darum bemühen, daß sich alle Gruppen an der gesellschaftlichen Kommunikation aktiv beteiligen und das demokratische Potential der Medien für ihre kulturell-kommunikativen Bedürfnisse und Interessen nutzen können. Generelle Richtschnur des pädagogischen Handelns ist die Erschließung der Medien für Kommunikation, Bildung und Kultur, um sie als Ausdrucks-, Erfahrungs- und Gestaltungsmittel zu verwenden. Die Gesellschaft versteht sich dabei auch als Vertreterin jener Interessen und pädagogischen Belange, die von Ökonomie und Politik nicht ausreichend berücksichtigt werden, wie die Bedürfnisse und Erwartungen von

Kindern und Jugendlichen, von alten Menschen, aber auch von anderen sozial oder kulturell Benachteiligten.

(3) Der Vereinszweck soll u. a. erreicht werden durch:

- Förderung des Erfahrungsaustausches und Zusammenwirkens von Personen, die in den verschiedenen Praxisfeldern von Bildung, Erziehung und Kultur mit und an Medien arbeiten, durch Herausgabe eines Informationsblattes, durch Veranstaltung von Tagungen und Seminaren, durch Beratung und Betreuung.

- Dokumentation und Koordination medienpädagogischer und kommunikationskultureller Aktivitäten in den einzelnen Bundesländern.

- Beteiligung an der Konzeption regionaler bzw. bundeslandbezogener Medien-, Bildungs- und Kulturpolitik, soweit medienpädagogische Sachverhalte betroffen sind.

- Veröffentlichung von Stellungnahmen zu medien-, bildungs- und kulturpolitischen Entwicklungen unter medienpädagogischen Gesichtspunkten.

- Vermittlung von Auskünften zu medienpädagogischen Fragen, Vermittlung von geeigneten Personen für Vorträge oder Gremienarbeit.

- Unterstützung der Kooperation der für medienpädagogische Entwicklungsarbeit wichtigen Disziplinen und Handlungsfelder.

- Förderung grenzüberschreitender Kooperation und Vertretung medienpädagogischer Initiativen in der Bundesrepublik gegenüber dem Ausland.

- Entwicklung und Förderung medienpädagogischer Qualifikationen durch Erarbeitung von Vorschlägen für Qualifikationsanforderungen und Berufsbilder und Unterstützung beruflicher Interessen von Medienpädagogen.

- Die Gesellschaft setzt sich mit Nachdruck für die Förderung der Wissenschaft und Forschung ein, insbesondere für die medienpädagogische Forschung. Sie entwickelt und realisiert eigene wissenschaftliche Projekte zu den Bereichen Medienpädagogik und Kommunikationskultur.

(4) Zur Erfüllung dieser Aufgaben unterhält die Gesellschaft eine Geschäftsstelle, in der hauptberufliche, neben- oder ehrenamtliche Kräfte tätig sind. Näheres regeln die vom erweiterten Vorstand zu beschließenden Richtlinien für die Arbeit der Geschäftsstelle.

§. 3 Gemeinnützigkeit

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel der Gesellschaft dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Vereinsämter sind Ehrenämter.

§. 4 Mitgliedschaft

(1) Mitglied der Gesellschaft kann jede natürliche oder juristische Person (mit einer Stimme) werden, die im Sinne des Vereins tätig ist.

(2) Die Mitgliedschaft muß schriftlich beantragt werden.

(3) Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand, der seinen Beschluß dem Antragsteller schriftlich mitteilt.

(4) Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt oder Ausschluß.

§. 5 Organe

Die Organe der Gesellschaft sind

1. die Mitgliederversammlung,
2. der Vorstand,
3. der erweiterte Vorstand.

§. 6 Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ der Gesellschaft. Sie legt die Grundsätze der Arbeit fest. Ihre Aufgaben sind insbesondere:

- Wahl des/der Versammlungsleiters/in für die Mitgliederversammlung

- Beschlußfassung über die Tagesordnung der Mitgliederversammlung

- Entscheidung über Satzungsänderungen

- Entscheidung über den finanziellen und sachlichen Tätigkeitsbericht des Vorstandes

- Entgegennahme der jährlichen Arbeitsberichte des/der Geschäftsführer(s)/(in) der Geschäftsstelle

- Meinungsbildung über Schwerpunkte der Arbeit

- Entscheidung über Thema, Ort und Finanzrahmen des "Forums Kommunikationskultur"

- Bestellung der Rechnungsprüfer

- Wahl und jährliche Entlastung des Vorstandes.

(2) Die Mitgliederversammlung findet jährlich statt.

(3) Die Mitgliederversammlung ist schriftlich unter Angabe der Tagesordnungspunkte mit einer Ladungsfrist von mindestens vier Wochen einzuberufen.

(4) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung muß einberufen werden, wenn es das Interesse der Gesellschaft erfordert oder wenn mindestens ein Viertel der Mitgliedschaft dies verlangt.

(5) Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gefaßt. Satzungsänderungen bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder. Anträge auf Satzungsänderungen sind nebst Begründung mit der Einladung zur Mitgliederversammlung zu verschicken.

(6) Über jede Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die von dem/der Versammlungsleiter(in) und von dem/der 1. Vorsitzenden zu unterzeichnen ist.

§. 7 Vorstand und erweiterter Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus mindestens fünf Mitgliedern:

- dem/der 1. Vorsitzenden

- dem/der stellvertretenden Vorsitzenden

- und mindestens drei weiteren Vorstandsmitgliedern.

Die Aufgabenverteilung im Vorstand wird durch einen Geschäftsverteilungsplan geregelt. Dieser wird den Mitgliedern innerhalb eines halben Jahres nach der Wahl des Vorstandes bekanntgegeben.

Der/die Geschäftsführer(in) der Geschäftsstelle nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Vorstandes teil.

(2) Die Gesamtzahl der Mitglieder des Vorstandes bestimmt die Mitgliederversammlung, der Vorstand kann durch Beisitzer erweitert werden.

(3) Der Vorstand wird durch die Mitgliederversammlung jeweils für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Die Mitgliederversammlung wählt den/die erste(n) Vorsitzende(n) und mindestens vier weitere Vorstandsmitglieder. Der

Vorstand bestimmt aus seiner Mitte den/die stellvertretende(n) Vorsitzende(n).

Die Wiederwahl von Vorstandsmitgliedern ist zulässig.

(4) Der erweiterte Vorstand besteht aus dem Vorstand und aus den Sprechern/Sprecherinnen der Regionalgruppen und der Fachgruppen. Er beschließt über die Richtlinien für die Arbeit der Geschäftsstelle, wählt den/die vom Vorstand vorgeschlagene(n) Geschäftsführer(in) der Geschäftsstelle (Fach- und Regionalgruppen mit jeweils einer Stimme), nimmt jährlich seinen/ihren Rechenschaftsbericht entgegen und diskutiert ihn.

§. 8 Regional- und Fachgruppen

(1) Die Arbeit der Gesellschaft wird durch Regionalgruppen und Fachgruppen unterstützt. Ihre Einrichtung erfolgt über den Vorstand, sofern mindestens acht Mitglieder der Gesellschaft dies bei dem Vorstand beantragen. Sie wird durch die Mitgliederversammlung bestätigt.

(2) Jede Gruppe wählt eine(n) Sprecher(in), die/der damit zugleich Mitglied des erweiterten Vorstandes ist.

(3) Über ihre Arbeit entscheiden die Gruppen intern.

(4) Zu den Mitgliederversammlungen legen die Gruppen Berichte vor.

§. 9 Rechtsgeschäfte

Die rechtsgeschäftliche Vertretung im Sinne des §26 BGB obliegt dem/der 1. Vorsitzenden und dem/der stellvertretenden Vorsitzenden. Beide sind alleinvertretungsberechtigt. Im Innenverhältnis gilt, daß der/die stellvertretende Vorsitzende nur im Falle der rechtlichen oder tatsächlichen Verhinderung des/der 1. Vorsitzenden von seiner/ihrer Vertretungsmacht Gebrauch machen kann.

§. 10 Mitgliedsbeiträge

Die Höhe des Jahresbeitrages wird von der Mitgliederversammlung beschlossen. Der Vorstand legt hierzu seine Empfehlung vor. Der Beitrag für das laufende Geschäftsjahr ist bis zum Ende des ersten Quartals zu leisten. Bei Bedürftigkeit einzelner Mitglieder kann der Vorstand auf Senkung des Beitrages erkennen.

§. 11 Austritt

Die Austrittserklärung eines Mitgliedes muß dem Vorstand schriftlich angezeigt werden. Der Austritt ist jeweils nur zum Ende eines Geschäftsjahres möglich.

§. 12 Ausschluß

Der Vorstand ist berechtigt, Mitglieder auszuschließen, wenn sie gegen die satzungsmäßig festgelegten Ziele der Gesellschaft verstoßen oder dem Ansehen der Gesellschaft Schaden zufügen.

Ein ausgeschlossenes Mitglied hat die Möglichkeit, innerhalb der Frist von zwei Monaten vom Tage des Ausschlusses an, die Mitgliederversammlung mit dem Ziel einer Revision anzurufen. Die Mitgliederversammlung entscheidet auf ihrer nächsten Sitzung mit einfacher Stimmenmehrheit.

§. 13 Auflösung

Zur Auflösung der Gesellschaft bedarf es des Beschlusses der Mitgliederversammlung. Er wird nur wirksam, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder auf der Mitgliederversammlung anwesend ist und der Auflösungsbeschluß mit einer Zweidrittelmehrheit aller Stimmen zustande kommt. Die Mitgliederversammlung bestellt auch die Liquidatoren. Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zweckes fällt das Vermögen an eine steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung der Informationsvermittlung, der Erziehung, der Volksbildung oder der Förderung von Wissenschaft und Forschung (§2 Abs. 1 der Satzung).

Weitere Informationen:

GMK-Geschäftsstelle

Körnerstraße 3

33602 Bielefeld

Telefon 05 21 / 6 77 88

Fax 05 21 / 6 77 27

eMail:

gmk@medienpaed.de

Homepage:

www.gmk-net.de